

GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
30. (38.) Jahrgang · 1. Juni 2007 · H 2395 ISSN 1431-8075

30. GESAMTSCHULKONGRESS 21. bis 23. September 2007 SAARBRÜCKEN

GESAMTSCHULE



- die souveräne Entscheidung

Gesamtschule Sulzbachtal

An der Mühlenschule 3, 66125 Saarbrücken-Dudweiler

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
26583 Aurich · Postfach 1307 · Telefon 04941/18777 www.gesamtschulverband.de

30. Gesamtschulkongress der GGG

vom 21. bis 23. September 2007 in der Gesamtschule
Sulzbachtal in Saarbrücken

(elh) Gesamtschulen folgen der Idee, dass nur eine gemeinsame Schule für alle Kinder einer demokratischen Gesellschaft angemessen ist, dass nur so die Idee der Chancengleichheit realisierbar ist, dass nur so handelnd gelernt werden kann, mit der Verschiedenheit der Menschen konstruktiv umzugehen. Obwohl so einleuchtend, leugnen viele in unserem Land diesen Zusammenhang oder finden ihn unwichtig und setzen ihre Prioritäten anders. Gesamtschulen haben sich in der Strukturfrage bereits weitgehend entschieden und arbeiten nun mutig an der Fortentwicklung ihrer Pädagogik. Die Öffnung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung hin zu klasseninternen Differenzierungsformen, die jetzt in vielen Bundesländern angestrebt wird, ist sicher ein richtiger Schritt auf dem Weg zu einer inklusiven Lernkultur. Für den Gesamtschulkongress 2007 haben sich unter dem Motto

Gesamtschule – die souveräne Entscheidung

die Gesamtschulen eines ganzen Bundeslandes zusammengetan. Vorträge und Präsentationen nehmen darauf Bezug, die Workshops thematisieren konkrete Projekte der einzelnen Schulen. Menschen aus allen Regionen sind eingeladen mitzuarbeiten, dass diese Vorhaben gelingen und zu einer Pädagogik beitragen, die jeden anerkennt und niemanden ausschließt.

GGG-extra, Seite I-VIII

Für „eine auf Rechte gestützte Bildungsvision“

Vernor Muñoz erstattete dem Rat für Menschenrechte der UN-Vollversammlung am 21. März 2007 in Genf Bericht über seine Untersuchungen des deutschen Bildungssystems. Ingrid Wenzler fasst seine Empfehlungen aus Sicht der GGG zusammen.

Seite 3 f

Gesamtschule und Gemeinschaftsschule

Am 23./24. März 2007 tagte der Hauptausschuss der GGG in Unna. Der Haupttagesordnungspunkt hieß: Positionierung der GGG zur „Gemeinschaftsschule“. Lothar Sack berichtet über erste Ergebnisse und weitere Vereinbarungen.

Seite 5 ff

Am GGG Stand auf der Didakta in Köln

Wieder einmal Bildungsmesse, Messeflair mit elektronischen Hightech-Klassenräumen, Ausstellungsbetreuer im feinen Messezwirn, Hochglanz überall ... und dazwischen der GGG-Stand. Ein persönlicher Erfahrungsbericht von Fritz Schmid.

Seite 10

Auseinandersetzungen mit dem Zwei-Säulen-Modell

Herbert Kastner und Brigitte Schumann haben auf Joachim Lohmanns Kommentar in der letzten Ausgabe reagiert und die Debatte fortgesetzt. Ihre Stellungnahmen befinden sich an gleichexponierter Stelle – als Doppelkommentar.

Seite 16

Inhalt

Bildungspolitik

Für „eine auf Rechte gestützte
Bildungsvision“ 3

GGG-Aktuell

Gemeinschaftsschule & Co – Diskussion
um die Positionierung der GGG 5

GGG-extra 30. Gesamtschulkongress

Gesamtschule –
die souveräne Entscheidung I
Die gastgebende Schule II
Grußwort des Stadtverbandspräsidenten III
Die Workshops IV-VII
Kongressprogramm VIII

GGG-Aktuell

Zirkus um die Gesamtschule 9
Didacta 2007 in Köln 10

Aus den Ländern 11

GGG Intern

Prof. Dr. Anne Ratzki wird 70! 15

Kommentare 16

Impressum

Heft 2/2007 vom 1. Juni 2007

ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

30. (38.) Jahrgang
Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann,
Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel
(Koordination), Dr. Michael Hüttenberger
(presserechtlich verantwortlich)
Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt,
E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

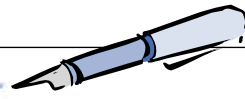
Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach
1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vier-
teljährlich. Der Abonnementpreis beträgt
jährlich € 14,- (einschließlich Versand).
Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für
GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Auflage: 4.400 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger
Illustration: Katja Rosenberg

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.9.2007
Redaktionsschluss: 20.7.2007

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

der Gesamtschulkongress wirft seine
Schatten voraus. Als 30. Gesamtschul-
kongress der GGG ist er ein Jubilä-
umskongress, eine ganze Region wird
ihn ausrichten, nach 21 Jahren kehrt
der Kongress nach Saarbrücken zurück.
„Gesamtschule im Aufwind“ hieß das
Kongress-Motto, damals aus gutem
Grund, Vieles hat sich getan, viel wurde
erreicht, einiges davon ist sicher auch
ein Verdienst der GGG. Das gilt es zu
feiern, in der gebotenen Form, und
deshalb steht der Jubiläumskongress zu
Recht unter dem Motto: Gesamtschule
– die souveräne Entscheidung. Und
im Mittelpunkt dieser Ausgabe der
Gesamtschulkontakte – in der Mitte als
8-seitige Extra-Beilage zum Ausheften.
Doppelt so stark wie gewohnt, weil die
Beschreibungen der Workshops bereits
vorliegen, dank der professionellen
Arbeit der gesamten Vorbereitungsgrup-
pe. Das erleichtert die Orientierung,
motiviert zur Teilnahme, und so hoffen
wir schon jetzt auf zahlreiche Anmel-
dungen.

Wegen des Umfangs der extra-Beilage
mussten einige Beiträge zurückstehen.
So wird die Serie über den Stand der
Umsetzung der Bildungsstandards in
den Bundesländern mit einem Beitrag
über Bremen erst in der nächsten Aus-
gabe fortgesetzt.

Ebenso verschoben wird die Reihe „Bei-
spielhafte Projekte“, der Beitrag „Vom
Zeugnis zum Lernstands-Gespräch“
wird erst nach den großen Ferien zu
lesen sein – rechtzeitig, um Anregungen
für die nächste Zeugnis-Kampagne zu
erhalten.

Was es zu lesen gibt ist ein Beitrag In-
grid Wenzlers zu den Empfehlungen
des UN-Sonderberichterstatters Ver-
nor Munoz, ein ausführlicher Bericht
Lothar Sacks über die Beratungen des

Hauptausschusses zur Frage der Positio-
nierung der GGG zur „Gemeinschafts-
schule“, ein sehr persönlicher und
personenbezogener Bericht von Fritz
Schmidt zur Didacta in Köln, mehr als
vier Seiten Berichterstattung aus den
Ländern und ein ganz persönlicher
Glückwunsch von Ingrid Wenzler im
Namen der gesamten GGG an Anne
Ratzki, unsere frühere Bundesvorsit-
zende.

Unter dem Titel „Zirkus um die Ge-
samtschule“ drucken wir einen Beitrag
von Joachim Göres aus der „Frankfurter
Rundschau“ nach, der sich mit der ak-
tuell erneut gestiegenen Nachfrag nach
der Gesamtschule befasst und die Dis-
kussion um das Zwei-Säulen-Modell
anklingen lässt. Joachim Lohmann hat-
te sich dazu im Kommentar der letzten
Ausgabe eindeutig positioniert. Brigitte
Schumann und Herbert Kastner halten
in einer Art „Doppelkommentar“ dage-
gen. Die Debatte wird weitergehen.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Ge-
samtschul-Kontakte gibt es natürlich
wiederum im Internet (unter [www.ggg-
bund.de](http://www.ggg-bund.de) und [www.gesamtschulverband.
de](http://www.gesamtschulverband.de)) als pdf-Format, die Möglichkeit
zum „downloaden“ inbegriffen.
In einigen Bundesländern, liebe Lese-
rinnen und Lesern dieser Vorab-Bemer-
kungen, beginnen demnächst schon
die Sommerferien. andere müssen noch
etwas warten. So oder so, bis zur näch-
sten Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte
sind die Sommerferien schon überall
vorüber. Genießen Sie also die Som-
merzeit und freuen Sie sich mit uns auf
den Jubiläums-Gesamtschulkongress
zum Herbstanfang in Saarbrücken.

Ihr

Michael Hüttenberger

Für „eine auf Rechte gestützte Bildungsvision“

Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz vom 21. März 2007

von Ingrid Wenzler

Vernor Muñoz, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, erstattete am 21.3.2007 dem Rat für Menschenrechte der UN-Vollversammlung in Genf Bericht über seine Untersuchungen des deutschen Bildungssystems. Er kommt darin u.a. zu folgenden Empfehlungen:

„89 ... *Hauptsächlich wegen der Vielschichtigkeit der Struktur des Bildungssystems gibt es jedoch einige Defizite, die zumeist mit den Schwierigkeiten zusammenhängen, denen sich Kinder bestimmter Randgruppen gegenübersehen, wie beispielsweise Kinder aus unteren sozialen Schichten, Kinder mit Migrationshintergrund oder Kinder, die mit Behinderungen leben; dadurch hat das Bildungssystem eine ausgrenzende Wirkung.*

90. *Eine der Hauptursachen der Ausgrenzung ist die Einstufung, die in einem sehr frühen Alter und anhand nicht sehr klarer und uneinheitlicher Kriterien erfolgt. (...) Eine auf Rechte gestützte Bildungsvision würde es ermöglichen, die notwendigen Reformen mit Blick auf den Bildungsbedarf aller Menschen zu verfolgen.*“

Vom 13. – 21. März 2006 hatte er Deutschland bereist. Das Ziel des Besuches ist in Absatz 2 des Berichtes formuliert:

„2. *Ziel seines Besuches war es, im Geiste von Zusammenarbeit und Dialog zu verstehen, wie sich Deutschland für die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung einsetzt, welche Maßnahmen zu ihrer erfolgreichen Umsetzung ergriffen wurden und welche Hindernisse dabei aufgetreten sind.*“

Alle Zitate entstammen der Arbeitsübersetzung des offiziellen englischen

Endberichtes, die verdienstvollerweise im Auftrag der GEW sehr schnell nutzbar gemacht wurde.

Damit ist eindeutig benannt, welches Kriterium im Zentrum der Untersuchungen stand. Es geht um Feststellung, inwieweit in Deutschland „das Menschenrecht auf Bildung“ verwirklicht ist. Muñoz und die UN gehen davon aus, dass alle Menschen Träger des gleichen Rechts auf Bildung sind. Folglich galt es zu untersuchen, ob alle Kinder in Deutschland in gleicher Weise ihr Recht auf Bildung verwirklichen können.

Das Original lesen!

Angesichts der zum Teil peinlichen öffentlichen Reaktionen auf diesen Bericht stehen im Zentrum dieses Beitrages Originalzitate aus der genannten Übersetzung. Sie mögen anregen, den außerordentlich kenntnisreichen, präzisen Bericht (21 Seiten) selbst zu lesen, der alle Verästelungen

des deutschen Systems und die nach PISA ergriffenen Maßnahmen gut informiert darstellt. Eine präzisere Gesamtbeschreibung des deutschen Bildungssystems und der nach PISA eingeleiteten Maßnahmen dürfte es aktuell kaum geben.

In Absatz 49 gibt der Sonderberichterstatter sieben Kernbereiche an, in denen er eine grundlegende Reform für erforderlich hält, um das Menschenrecht auf Bildung zu gewährleisten.

„1) *Wandel von einem selektiven Bildungssystem zu einem System, bei dem das Individuum unterstützt wird und dessen spezifische Lernfähigkeiten im Mittelpunkt stehen.*“

Dieser Vorschlag wird in Punkt 5 erneut aufgegriffen. Dort gibt der Sonderberichterstatter auch an, wo seiner Ansicht nach die **Schwierigkeiten bei der Verwirklichung** zu vermuten sind:

„5) *die Strukturen sollten so gestaltet werden, dass sie jedem Kind die Chance geben, sein / ihr Potenzial auszuschöpfen, beispielsweise durch verstärkte Kindergartenangebote, die Einführung von Ganztagschulen und den Verzicht auf ein gegliedertes Schulsystem. Im Hinblick auf das Letztgenannte sollte festgehalten werden, dass (...) die Diskussion über das mehrgliedrige Schulsystem, das der Sonderberichterstatter für extrem selektiv hält, große Angst und Widerstand auszulösen scheint, insbesondere Besorgnis über den Ver-*



Vernor Muñoz erklärt der Bildungsministerin Schwan seine Kritik am deutschen Schulsystem

lust von Privilegien für diejenigen, die am meisten vom aktuellen System profitieren.“

Die Absätze 54 bis 62 „**Segmentierung und Selektivität**“ befassen sich u.a. mit der Rolle der Sprachkompetenz bei der Zuweisung zu Schulformen. Die vielfach empirisch belegte Bedeutung der **Sprachkompetenz als Selektionskriterium** wird hier ebenfalls angesprochen. Ihre Bedeutung sei „*übermäßig und vorrangig*“, so dass die „*Benachteiligten zu doppelt Benachteiligten*“ werden (Absatz 54 und 55).

Dass offensichtlich zur Abwehr von Kritik auf die Existenz von **Gesamtschulen** hingewiesen wurde, ist fast nur noch komisch. Vernor Muñoz lässt sich nicht täuschen (Absatz 59). Diplomatisch feinsinnig heißt es: „*Es wird die Existenz alternativer Schulen wie der Gesamtschule angeführt.*“ Er kritisiert, was seit 2003 auch in fast jeder Nummer der Gesamtschulkontakte kritisiert wird: „*... die jedoch auch eine Einstufung vornimmt, obwohl sie als umfassendes Modell dargestellt wird.*“ – und diese Einstufung ist, so ist leider hinzuzufügen, trotz intensiver Bemühungen der GGG durch die Kultusministerkonferenz am 1./2.6.2006 (!) in Kiel erneut festgeschrieben worden, allerdings mit einer kleinen Öffnung, das sei eingeräumt.

Überaus klar arbeitet der Bericht die Benachteiligungen von **Kindern mit Migra-**

tionshintergrund heraus, dabei besonders auch der Kinder von illegal Eingereisten, (Absätze 63 bis 74) und führt aus:

„Solange Bildung nicht als ein Menschenrecht betrachtet wird, das jedem Kind garantiert werden muss, wird es schwierig sein, den spezifischen Bedürfnissen deutscher Schüler Rechnung zu tragen, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern nach Deutschland kamen.“ (66). Über die Kinder illegal Eingereister schreibt er: „*Die beschriebene Situation offenbart einen Widerspruch zwischen den Einwanderungsgesetzen und dem Recht auf Bildung.*“ (69), u.a., da sie „*in den meisten Ländern vollkommen von der Pflichtschulbildung ausgeschlossen*“ sind (72).

Kinder mit Behinderungen sind das Thema der Abschnitte 75 – 82, in denen er zu dem Schluss kommt: „*Folglich kann die vom Staat propagierte Integrationspolitik als Politik der Absonderung ausgelegt werden.*“ (79) Es herrsche eindeutig die Tendenz vor, „*die Defizite und nicht das Potenzial zu betonen.*“ (81)

Erziehung und Betreuung in der **frühen Kindheit**, auch die aktuellen Maßnahmen, werden in den Absätzen 83 – 88 kritisch unter die Lupe genommen. Das in fast jedem Kommentar kritisierte Thema **homeschooling** nimmt demgegenüber in dem Bericht wenig Umfang ein und ist vergleichsweise restriktiv

bezüglich der Realisierungsbedingungen und der fortbestehenden Notwendigkeit staatlicher Kontrolle formuliert (Absätze 62 und 107).

Das Menschenrecht auf Bildung

Vernor Muñoz' Bericht unterscheidet sich in seiner Fragestellung von allen auf Leistungsvergleich basierenden Untersuchungen. Sein Interesse gilt dem Kind, jedem Kind, ohne Ausnahme. Ein besonderes Verdienst ist es, eine Gruppe von Trägern des Menschenrechts auf Bildung in unseren Blick gerückt zu haben, die bisher in der öffentlichen Debatte abwesend waren: Kinder ohne offiziellen Status im Rechtssystem, meist illegal Eingewanderte. Auch sie sind Träger des Menschenrechts auf Bildung, selbst wenn sie nach den geltenden Gesetzen des Landes illegal hier sind. Es ist die Aufgabe des Staates, die er durch Ratifizierung internationaler Abkommen auf sich genommen hat (Absätze 8 – 12), allen Kindern das Menschenrecht auf Bildung zu sichern.

Die Unbedingtheit der Betonung des Menschenrechts auf Bildung, die der Bericht anmahnt, ist hilfreich. Sie sollte Auftrag und Selbstverständnis der Bildungspolitik hierzulande werden. Der Weg dahin ist noch weit, aber nötig. ♦



Neuerscheinung März 2007

Heft 57 der Blauen Reihe der GGG

Alle Analysen empirischer Leistungsvergleiche erbringen dasselbe Ergebnis: An Gesamtschulen ist der Lernzuwachs der dort Lernenden besonders hoch.

Einzelheft: € 7.–

Für Mitglieder ist das erste Exemplar frei.

2.-10. Exemplar € 5.–, mehr als 10 Exemplare € 4.–

Bestellung an die Bundesgeschäftsstelle

per Telefon: 04941/ 18777,

per Fax: 04941/67360,

per E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

oder per Post: GGG-Bundesgeschäftsstelle, Burgstraße 27, 26583 Aurich

Der Vertrieb erfolgt auch über die Landesverbände.



Gemeinschaftsschule & Co –

Diskussion um die Positionierung der GGG

Bericht aus dem Hauptausschuss

von Lothar Sack

Am 23./24. März 2007 tagte der Hauptausschuss der GGG in Unna. Der Haupttagesordnungspunkt hieß

Positionierung der GGG zur „Gemeinschaftsschule“.

1. Problembenennung
2. Informationsaustausch
3. Lösungen finden
4. Lösungen bewerten
5. Verabredungen

Die Gliederung entsprach dem Vorschlag von Hans Peter Kisten-Schmidt, der freundlicherweise die Moderation übernommen hatte. Die Punkte 1 bis 3 waren für den Freitag, die Punkte 4 und 5 für Samstag vorgesehen. Dem HA lag das angefügte Papier von Rainer Oehlmann vor, dass Fragen zu diesem Thema auf Grund einer Diskussion im BV formuliert.

zu 1: Problembenennung

In einer Brainstorming-Phase wurden verschiedene Aspekte der Problematik angesprochen:

- Rückgang der Anzahl der Schulen mit der Bezeichnung Gesamtschule (z.B. Brandenburg, Schleswig-Holstein), Mitgliederentwicklung
- verschiedene Wege zur „Schule für alle“?
- „Gemeinschaftsschule“ ist nicht eindeutig inhaltlich festgelegt,
- „Zwei Säulen“?
- Wie verhält sich die GGG zu (teil-)integrierten Schulen, die nicht Gesamtschulen heißen?
- Kann eine (puristische) Bundesposition hinderlich vor Ort in den Bundesländern sein?

- Geht „Gesamtschule“ verloren, wenn man sich unterschiedlichen Schulmodellen zuwendet?
- Wie reagiert die GGG auf die (fiktive) Gründung eines „Verbandes integrative Schule“, der auch teilintegrierte Schulen organisiert?

Zum Schluss bestand insofern Einigkeit, dass zum Kongress im Herbst eine Position der GGG zu den je nach Bundesland verschiedenen Ausprägungen der „Gemeinschaftsschule/ Stadtteilschule/...“ erarbeitet sein soll. Hierzu wird es als hilfreich angesehen, inhaltliche und strukturelle Kriterien zu benennen, die die eine Schule für alle als Zielvorstellung erfüllen soll.

zu 2: Informationsaustausch

Aus den verschiedenen vertretenen Bundesländern wurde die derzeitige Situation und die absehbare Entwicklung geschildert:

Schleswig-Holstein: Die vorhandenen Gesamtschulen scheinen in der vorgesehenen Umbenennung in Gemeinschaftsschule kein wesentliches Problem zu sehen. Sie verlieren nichts an ihrem bisherigen Status und erhalten mehr organisatorischen Freiraum, z.B. Erleichterungen bei der äußeren Leistungsdifferenzierung. Außerdem kommt eine erhebliche Anzahl von neu gegründeten (oder in Gründung befindlichen) Gemeinschaftsschulen hinzu, da das alternative Modell der Regionalschule wegen der fehlenden Berücksichtigung des Weges zum Abitur für viele insbesondere ländliche Gemeinden unattraktiv ist.

Hamburg: Kurzfristig wird sich nichts ändern, mittelfristig wird damit gerechnet, dass es neben dem Gymnasium nur noch integrativ arbeitende sog. Stadtteilschulen

geben wird. Die vorhandenen Gesamtschulen würden dann formal auch Stadtteilschulen werden.

Nordrhein-Westfalen: Hohe Anmeldezahlen an den Gesamtschulen haben die Schulstruktur-Diskussion mit angefacht. Die SPD hat sich für die „Gemeinschaftsschule“ als flächendeckende ersetzende Schule ausgesprochen. Die Grünen treten für das Rösner-Modell der Gemeinschaftsschule ein. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es Initiativen für (teil-)integrierte Schulmodelle, um Schulstandorte zu sichern. Hier setzen sich teilweise Kommunalpolitiker der CDU in Gegensatz zur Bildungspolitischen „Linie“ auf Landesebene.

Brandenburg: Aus den bisherigen Gesamtschulen (ohne gymnasiale Oberstufe) sind auf Grund der Schulgesetzänderung, die 2005 in Kraft trat, sog. Oberschulen hervorgegangen. Diese Oberschulen haben immer stärker die Funktion, das Komplement zu den Gymnasien zu sein. Ein Durchlauf durch die Oberschule mit dem Ziel des Abiturs ist zumindest nicht als Normalfall geplant. Wegen der relativ rigiden Vorgaben für die weitere Existenz von Gesamtschulen (Mindestgröße der Oberstufe) kann damit gerechnet werden, dass es in absehbarer Zeit nur noch ca. 5 Schulen (von ehemals fast 200) in Brandenburg geben wird, die Gesamtschulen heißen.

Berlin: In der Koalitionsvereinbarung ist eine Pilotphase für die Gemeinschaftsschule vorgesehen, in der verschiedene Wege zur Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen erprobt werden sollen. Die Beschreibung der Zielvorstellung der Gemeinschaftsschule ist in Arbeit. Folgende Eckpunkte werden zur Zeit diskutiert: Schule für alle einschl. Kindern mit Behinderungen und besonderen Begabungen, Orientierung der Schülersaufnahme an der Bevölkerungsrepräsentativität, inklusive Pädagogik, Individualisierung der Lernprozesse und Lernwege, heterogene Lerngruppen als Standardfall, kein Sitzenbleiben, keine Abschulung, Schule umfasst mindestens die Jahrgänge 1 bis 10, Schule führt inhaltlich und formal zu allen Abschlüssen,

sofern sie keine eigene Sek II hat, ist der Übergang in die Oberstufe organisatorisch geregelt, Ganztagschule.

Andere Bundesländer:

In vielen weiteren Bundesländern hat die Diskussion über schulstrukturelle Fragen, meist ausgehend von der problematischen Lage der Hauptschule begonnen.

Zusammenfassung: In keinem Bundesland gibt es zur Zeit, außer langfristigen Absichtserklärungen, politische Mehrheiten für die kurz- bis mittelfristige Einführung einer ersetzenden integrativen Schule, also der einen Schule für alle. In vielen Bundesländern ist aber dennoch die Diskussion um die Schulstruktur in Gang gekommen, meist beginnend mit der Infragestellung der Hauptschule. Die meisten Bildungspolitiker und Politikberater halten insbesondere das Gymnasium für unverzichtbar bis derzeit nicht ersetzbar bzw. abschaffbar. Die neu diskutierte Schulform wird „zunächst“ als neben dem Gymnasium stehend gedacht. Unterschiede gibt es allerdings, je nachdem ob diese „neue Schule“ als Komplement zum Gymnasium gesehen wird oder selbst auch den Weg zum Abitur beinhaltet, also Konkurrent des Gymnasiums ist. Die Einbeziehung und dementsprechend weitgehende Auflösung der Sonderschulen wird in den meisten Fällen nicht gedacht. Meist werden für die „neue Schule“ neben strukturellen Eigenschaften Anforderungen an eine anerkennende, fördernde und nicht ausgrenzende Pädagogik formuliert, die in vielen Fällen über die Praxis vieler bestehender Schulen (auch Gesamtschulen) hinausgeht.

Für die GGG müssen u.a. folgende Probleme/Fragen geklärt werden:

- Welche Kriterien definieren die Zielvorstellung einer „Schule für alle“?
- Welche Abstriche an der Zielvorstellung sind akzeptabel?
- Welche inhaltliche Vorstellung steht hinter dem dritten G?
- Bewerten wir in der Diskussion des Schulsystems und der Einzelschule den jeweils erreichten Stand oder die Entwicklungsrichtung?

- Wie kann die GGG in der Entwicklung wirksam werden?

zu 3/4: Lösungen finden/Lösungen bewerten

Wir sehen uns zukünftig einer noch unübersichtlicheren Situation gegenüber: Schon in der Vergangenheit unterschieden sich Gesamtschulen durch ihren Beginn mit Jahrgang 1, 5 oder 7, mit ihrem Ende mit Jahrgang 10 oder 13, durch den Grad der Integration – mit „Integrationsklassen“ (also der Integration von Schülern mit Behinderungen), „schlicht integriert“ mit mehr oder weniger Leistungs differenzierung oder kooperativ. War es also schon in der Vergangenheit schwierig, den Begriff Gesamtschule durch die Organisationsform griffig zu bestimmen, so wird dies vollkommen unübersichtlich durch die in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich benannten, in der Regel neben dem Gymnasium oder in Teilkonkurrenz zu ihm bereits bestehenden oder projektierten Schulformen (Oberschule, Gemeinschaftsschule, Stadtteilschule, ...). Hinzu kommt, dass ergänzend zu strukturellen Gesichtspunkten, Anforderungen an die Schulen in Bezug auf die Philosophie ihrer Pädagogik (Pädagogik der Anerkennung und der individuellen Lernunterstützung für jeden Schüler) hinzutreten, die von den Schulen in ganz unterschiedlicher Weise angenommen werden.

Für die GGG ergibt sich folgende Situation:

- Es wird schwierig, nur die Schulen, die Gesamtschule heißen als Klientel und Zielgruppe der GGG zu betrachten. Dann gäbe es mit einiger Wahrscheinlichkeit bald keinen Landesverband Schleswig-Holstein oder Hamburg mehr, auch der Landesverband Brandenburg hätte eine ähnliche Bedeutung wie die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen.
- Oder sieht sich die GGG als Vertretung der Schulen, die irgendwann einmal in ihrer Geschichte Gesamtschulen hießen oder
- versteht sie sich als Sammelbecken all jener Schulen und Menschen, die sich auf den Weg der integrativen „Schule

für alle“ machen, unabhängig davon, welches Schild am Haus angeschraubt ist.

Es erscheint daher sinnvoll, sich an inhaltlichen und strukturellen Kriterien für die angestrebte „Schule für alle“ zu orientieren und die Frage des Namens der Schulform weniger in den Vordergrund zu stellen.

In der Diskussion wurden – noch vorläufig und unvollständig – folgende erste Kriterien für die „Schule für alle“ genannt:

- Die Schule ist voraussetzungslos für alle Kinder da.
- Die Schule übernimmt Verantwortung für die aufgenommenen Schüler und ihren schulischen Erfolg.
- Die Verschiedenheit der Kinder wird als konstitutiv und positiv zu nutzen angesehen, nicht als Behinderung der schulischen Arbeit.
- Es gibt einen respektvollen Umgang aller am Schulleben Beteiligten miteinander (Keiner wird beschämt!).
- Die Schule unterstützt selbständiges, eigenverantwortliches Lernen der Schüler.
- Orientiert an Prinzipien des lebenslangen Lernens ist die Schule eine lernende Organisation.
- Die Schule schafft Lernarrangements, die ausgehen von vorhandenen Kompetenzen der Schüler und diese zielorientiert und transparent weiterentwickeln.

Es bestand Einigkeit im Hauptausschuss darüber, dass eine solche Kriterienliste erstellt werden sollte und sich die Verbandsarbeit an der Umsetzung dieser Kriterien orientieren sollte.

In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass bei einer etwaigen Öffnung der GGG in der angedeuteten Richtung eine entsprechende Änderung der Verbandsbezeichnung, möglichst unter Beibehaltung des Kürzels GGG (etwa „GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT GEMEINSAM LERNEN“) diskutiert werden könnte.

zu 5: Verabredungen

Die HA-Mitglieder kamen einstimmig überein,

- eine Kriterienliste für die angestrebte „Schule für alle“ zu formulieren, die strukturelle und inhaltliche Anforderungen an diese Schule beschreibt und an

der sich die Arbeit der GGG orientieren soll,

- den BV zu beauftragen, die Diskussion in der vom HA begonnenen Richtung weiter zu entwickeln und vorzubereiten,
- die Positionierung der GGG auf dem Gesamtschulkongress und der Mitgliederversammlung im Herbst zu thematisieren,
- zur breiten Vorbereitung der Diskussion auf der Mitgliederversammlung im Herbst die Positionierung der GGG zu den Entwicklungen integrativer Ansätze in den Landesverbänden zu diskutieren.

Im Einzelnen wurde folgendes Vorgehen vereinbart:

- Zunächst wird das Rohmaterial (Bilder der Plakatwände, Protokolle) an die Landesverbände verschickt.
- Der Bundesvorstand fasst in seiner nächsten Sitzung im Juni die Diskussion in einem Positionspapier zusammen, das im ersten Teil die bildungspolitische Situation in Bewegung darstellt und im zweiten den Katalog der Anforderungen an eine gute Schule unseres Verständnisses auflistet. (Wir brauchen eine Schule, die ...)

- Sowohl das Rohmaterial als auch das Positionspapier sollten in den Landesverbänden diskutiert werden.
- Diese Diskussion wird dann auf dem Gesamtschulkongress/der Mitgliederversammlung weiter geführt und
- von dort an den HA und die Landesverbände zurück verwiesen mit der Perspektive einer gegebenenfalls nötig werdenden Satzungsänderung.

Beide Linien – die inhaltliche Positionierung und die Verfahrensweise wurden in Anträgen als Aufträge an den BV einstimmig verabschiedet. ♦

Fragestellungen, die die Arbeit im Hauptausschuss in Unna (23./24.3.07) strukturieren helfen.

von Raimund Oehlmann

1. Einleitung: Bildungspolitische wie bildungsökonomische Strategien zur Umwandlung des dreigliedrigen Schulsystems verändern die Schullandschaft in einem regionalisierten Deutschland inzwischen in erheblichem Umfang. Dabei setzen die Bundesländer je nach Parteienkonstellation bzw. Präferenzen für Schulstrukturen innerhalb einzelner Parteien ganz unterschiedliche Schwerpunkte. Stark in Mode gekommen ist

z.B. das „Zweisäulenmodell“, von Sachsen übrigens schon seit Jahren praktiziert, jetzt zur Richtungsentscheidung in Hamburg vorliegend, ergänzt durch „Zwittermodelle“ in Schleswig-Holstein und (programmatisch) in Niedersachsen, in denen sowohl eine Zweigliedrigkeit wie eine Integration aller Bildungsgänge angelegt sein kann. Eine weitere Ergänzung erfährt diese Vielfalt durch programmierte „Abstiegskarrieren“ von

Gesamtschulen in Brandenburg (von der Gesamtschule zu Oberschule). Bildungspolitische Programme zur Veränderung der Schulstruktur kommen zudem ohne den Begriff „Gesamtschule“ aus und ersetzen diesen mit Formulierungen wie „Gemeinschaftsschule“ oder „niedersächsische Basisschule“. Vor diesem Hintergrund muss der Verband eine Diskussion führen, die sein Verhältnis zu Schulen mit unterschiedlich

Beitrittserklärung in die GGG

Ich/wir treten der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband bei als

- Schüler/in, Auszubildende/r, Arbeitslose/r (€ 10,-)
 Einzelmitglied mit reduziertem Beitrag (€ 35,-)
 Einzelmitglied (€ 70,-)
 Korporatives Mitglied (€ 120,-)

Name: _____ Geburtsdatum: _____

Beruf, Funktion: _____ Bundesland: _____

Adresse, Telefon, Email: _____

Datum, Unterschrift: _____

**GGG e.V. –
Gesamtschulverband
Postfach 1307
26583 Aurich**

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die GGG widerruflich, die von mir zu entrichtenden Beiträge für die GGG von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Name, Vorname: _____

Bank: _____ BLZ: _____ Kontonr.: _____

Datum, Unterschrift: _____

weit angelegten Integrationsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellt und die die Frage nach dem Namen des Verbandes nicht tabuisiert.

2. Die folgenden Fragen können eine Strukturhilfe für die Diskussion um den Standort des Verbandes und um Strategie und Taktik im Umgang mit sich verändernden äußeren unterschiedlichen strukturellen Realitäten darstellen. Die Fragen haben unterschiedliche „Reichweiten“ und Dimensionen; sie sollen möglichst viele Fragestellungen aufnehmen, weil wir uns erst am Anfang einer Strategiedebatte befinden, in der es auf die Breite der Argumentation ankommt.

Fragen:

- A. Wie gehen wir mit Gesamtschulen um, die künftig nicht mehr den Namen „Gesamtschule“ tragen werden? Welche Signale benötigen diese Schulen, um sich in der „GGG“ aufgehoben zu fühlen?
- B. Wie gehen wir mit Schulen um, die sich „Gesamtschule“ nennen, sich jedoch als effektivere Variante des gegliederten Schulwesens verstehen (z.B. KGS mit G8-Zweigen, z.B. Schulen mit „FEGA-Differenzierung“)?
- C. Gehen wir offensiv auf Schulen zu, die sich „ein Stück weit“ umwandeln (Hauptschule/Realschule, Regional-

schule,...) und mithin nicht alle Bildungsgänge integrieren?

- D. Oder geben wir damit ein falsches Signal für eine Entwicklung, die in eine bildungspolitische Sackgasse mündet?
- E. Gelingt es dem Verband, Ziele einer realisierbaren Integration zu formulieren und gleichzeitig ein Dach für Schulen darzustellen, die von diesen Zielen unterschiedlich weit entfernt sind?
- F. Wie geht der Verband auf Schulen im Osten Deutschlands zu, für die der „Begriff Gesamtschule“ verbunden ist mit einer zwangsweisen Einführung eines Differenzierungsmodells und

Wegnahme einer Identität?

- G. Muss der Verband wegen dieser Herausforderungen den Begriff „Gesamtschule“ aufgeben?
- H. Kann der Verband seinen Namen verändern, ohne die Geschichte der Gesamtschule und die der darin tätigen Menschen zu beschädigen?
- I. (Ergänzung von Lothar Sack) Wie verhält sich die GGG für den Fall, dass ein „Verband integrative Schule“ (Verband inklusive Schule) gegründet werden sollte? Ignoriert sie ihn, sieht sie ihn als Konkurrenten oder als Bündnispartner? Tritt die GGG bei? Oder gehört die GGG gar zu den Gründern? ♦



Hans-Peter Kirsten-Schmidt moderiert die Beratungen des HA

Anmeldung

zum **30. Gesamtschulkongress der GGG** vom 21.-23. September 2007 in der Gesamtschule Sulzbachtal in Saarbrücken-Dudweiler

Hiermit melde ich mich für den **30. Gesamtschulkongress der GGG** vom 21.-23. September 2007 in Saarbrücken an.

Die Kongressgebühren betragen € 20,- (Nichtmitglieder € 50,-).

Schüler(innen), Student(inn)en und Erwerbslose bezahlen keinen Kongressbeitrag. Der Beitrag entfällt ebenfalls für Teilnehmer/innen, die anlässlich des Kongresses der GGG beitreten. Der Kongressbeitrag ist im Tagungsbüro zu entrichten.

Ich möchte an folgendem Workshop teilnehmen: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Zirkus um die Gesamtschule

Politisch verschmäht, boomt die Nachfrage nach den Gesamtschulen / Immer mehr verzichten darauf, ihre Schüler nach Leistung zu trennen

von Joachim Göres

Petra Martinsen hat gerade die neuesten Zahlen auf ihren Tisch bekommen. Die Schulleiterin aus Hannover will von den Eltern der künftigen Fünftklässler vor den Anmeldungen im Juni wissen, welche Schule sie derzeit favorisieren. Ergebnis: 5,2 Prozent wollen ihr Kind zur Hauptschule schicken, 22,1 Prozent zur Realschule, 45,6 Prozent aufs Gymnasium – und 24,8 Prozent zur Gesamtschule. Gerade hier zeichnet sich wieder eine steigende Tendenz ab: „In den letzten Jahren gab es für die Gesamtschulen immer mehr Anmeldungen als Plätze“, so Martinsen.

Der Trend gilt inzwischen bundesweit: In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz wurde 2005 rund jeder dritte Schüler abgelehnt, weil die Klassen überquollen; in Schleswig-Holstein fast jeder zweite. Wie aber lässt sich die Nachfrage erklären, wo doch gerade die von der CDU dominierten Landesregierungen aus ihrer Ablehnung gegenüber der Gesamtschule keinen Hehl machen und keine neuen Einrichtungen genehmigen?

In Niedersachsen lässt sich wachsendes Interesse seit 2005 wieder feststellen, exakt dem Jahr, in dem die 13. Klasse am Gymnasium verschwand. An den Gesamtschulen blieb dagegen alles beim Alten. „Die Zahl derjenigen, die mit dem verschärften Tempo auf dem Gymnasium nicht klarkommen und auf die Gesamtschule wechseln wollen oder gleich dort angemeldet werden, nimmt seitdem bundesweit zu“, sagt Lothar Sack, stellvertretender Bundesvorsitzender des Gesamtschulverbandes GGG. Der ehemalige Leiter einer Berliner Gesamtschule ist über diese Entwicklung nicht unbedingt glücklich. „Dahinter steckt oft die Überzeugung: An der Gesamtschule lässt sich das Abitur leichter schaffen. Damit wird ihr die Leistungsfähigkeit abgesprochen und das ist bis heute ein dickes Problem.“

Die Georg Christoph Lichtenberg Gesamtschule in Göttingen beweist das Gegenteil.

„Wir verlangen von unseren Schülern viel. Vieles davon ist an anderen Schulen nicht gefragt, aber im Berufsleben eminent wichtig“, sagt Schulleiter Wolfgang Vogelsaenger. Dazu gehört als zentrales Element die Tischgruppenarbeit – sechs Mädchen und Jungen mit unterschiedlichem Leistungsstand sitzen in allen Fächern zusammen, bekommen Aufgaben mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad, helfen sich untereinander und bilden ein Team, das gemeinsam Probleme lösen muss. „Die Erfahrung zeigt, dass die guten Schüler die schlechteren motivieren“, so Vogelsaenger. Das heutige Zentralabitur sei im Vergleich zu den an der Schule durchgeführten Prüfungen sogar leichter.

Dennoch wurde die Georg Christoph Lichtenberg Gesamtschule – gemessen am niedersächsischen Abischnitt – siebtbeste Schule des Landes. Von der fünften bis zur zehnten Klasse werden die Schüler hier von zwei so genannten Tutoren unterrichtet, die als gleichberechtigte Klassenlehrer jeweils mehr als zehn Stunden in der Woche anwesend sind. Kontinuität statt Wechsel ist die Devise.

An den Integrierten Gesamtschulen (IGS), zu denen eigentlich auch das Beispiel Göttingen zählt, unterrichten die Lehrer ihre Schüler in den Hauptfächern getrennt – je nach Leistungsstand. Homogene Lerngruppen gehören zum Konzept. Doch genau das lehnt Vogelsaenger ab. Er nutzt die Chance – dank einer Ausnahmegenehmigung – Kinder und Jugendliche in allen Fächern unabhängig von Schulempfehlung und Kenntnissen gemeinsam lernen zu lassen.

Heterogene Lerngruppen bringen mehr – davon sind immer mehr IGS-Lehrer überzeugt. So fordert der GGG die 1993 von der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegte Pflicht zur äußeren Differenzierung in den Gesamtschulen aufzuheben und zuzulassen, dass hier Kinder und Jugendli-

che unabhängig von ihrem Leistungsstand tatsächlich zusammen unterrichtet werden, wie es in Skandinavien üblich ist. In Hamburg und Nordrhein-Westfalen gehen schon jetzt immer mehr IGS dazu über, den Klassenverband zu erhalten, nachdem die KMK 2006 folgenden Passus verabschiedet hat: „Aus demographischen beziehungsweise schulstrukturellen Gründen können klasseninterne Lerngruppen auf weitere Jahrgänge ausgedehnt werden.“

In der Gesamtschule Kierspe in Nordrhein-Westfalen etwa wurden so im vergangenen Schuljahr vier von sieben Klassen der Jahrgangsstufe sieben in Englisch nicht wie üblich in Erweiterungs- und Grundkurse getrennt, sondern gemeinsam unterrichtet. Das Fazit der Englischlehrerin Anja Schaffarczyk: „Dadurch, dass die Schüler im Klassenverband bleiben, kommt nicht das Gefühl ‚Ich bin schlechter‘ auf, wie ich es häufig in Grundkursen erlebt habe. Ein stabiles Sozialgefüge, das sich seit der Klasse fünf gebildet hat, trägt zu diesem positiven Lernklima bei.“ Die Folge: Schwächere Schüler orientieren sich an den stärkeren, sind motivierter und erzielen gute Ergebnisse. Die leistungsstärkeren werden durch Zusatzaufgaben gefördert und festigen ihre Kenntnisse, in dem sie anderen helfen. Welche Zukunft aber hat die alte Gesamtschulforderung nach einer „Schule für alle“ angesichts der sich abzeichnenden Zusammenlegung von Haupt- und Realschule in vielen Bundesländern? „Diese Zusammenlegung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und auch das derzeit in Hamburg diskutierte Konzept, wonach die Gymnasien aufgenommene Schüler nach der sechsten Klasse künftig nicht mehr abgeben dürfen, wäre ein Fortschritt“, sagt Sack. Anne Ratzki, ehemalige Dezernentin für Gesamtschulen bei der Bezirksregierung Köln, sieht dagegen in dem zweigliedrigen System keinen Vorteil: „Die Zweigliedrigkeit ist eine Zementierung des hierarchisch gegliederten Systems und der traditionellen Rolle des Gymnasiums.“ In einem Punkt sind sich die Anhänger der Gesamtschule einig: Eine „Schule für alle“ gibt es erst dann, wenn das Gymnasium abgeschafft ist. ♦

Nachdruck aus der „Frankfurter Rundschau“ mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

Didacta 2007 in Köln

von Fritz Schmid

Wieder einmal Didacta, Bildungsmesse, diesmal in Köln. Messeflair mit elektronischen Hightec Klassenräumen, Ausstellungsbetreuer im feinen Messezwirn, Hochglanz überall und dazwischen der GGG-Stand in der GEW - Nachbarschaft.. Eine gute Gelegenheit alte Freunde und Mitstreiter zu treffen, sich tief in die Augen zu schauen und sich zu versichern: Wir haben uns über all die Jahre nicht beirren lassen auf unserem Weg zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder! Vier von den vielen, die man getroffen hat: Jürgen Theis, Gründungsschulleiter der Gesamtschule Dortmund Scharnhorst, unermüdlich, glasklar und beharrlich arbeitet er für die GGG und ihre Ziele, immer noch erfrischend! Christoph Edelhoff, einer der ersten Protagonisten für einen audiovisuellen Englischunterricht, unbeirrt verfolgt er weiter das Ziel einer allgemeinen Schule für alle Kinder! Werner Kerski, Landesvorsitzender der GGG NRW. Zäher Verhandler mit Verbänden und Parteien, immer mit dem einen Ziel vor Augen: Die Schule für alle Kinder. Wolfgang Vogel vom Bundesvorstand, der auch als Pensionär bei jeder Didacta am GGG Stand präsent ist. Als Fotograf ist er auf den Bildern nicht zu sehen. Ingrid Wenzler, die geradlinige und unbeirrbar Bundesvorsitzende der GGG konnte leider nicht mit dabei sein, ein Fahrradunfall brachte ihr eine Zwangspause. Gute Besserung!

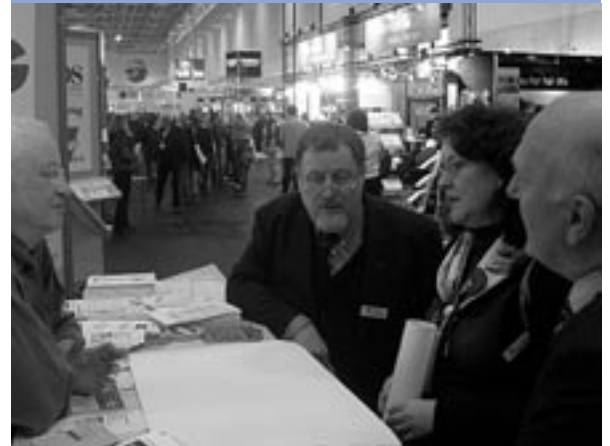
Das Traxler – Plakat mit den verschiedenen Tieren, die alle „im Sinne einer gerechten Auslese“ auf einen Baum klettern sollen, war wieder der Einstieg für viele Gespräche mit KollegInnen und Eltern. Alle Gesprächspartner stimmen dem Grundanliegen des Plakates zu: Gerechtigkeit ist anders! Und es gibt nach Pisa und allen weiteren internationalen Untersuchungen für alle nur noch eine Konsequenz: Soziale Gerechtigkeit und besseres Lernen für alle Kinder erfordert es, dass sie länger gemeinsam lernen.

Die Gespräche mit GrundschullehrerInnen, SonderschullehrerInnen, Eltern von GesamtschülerInnen, ReferendarInnen und Mitgliedern von Planungsgruppen machen Mut. ReferendarInnen, die der Zufall an eine Gesamtschule gebracht hat, sind begeistert und berichten über die Kultur des Umgangs der Menschen miteinander an ihrer Schule, die ganz anders ist als an den selektiven Schulen. Offenheit und Hilfe für SchülerInnen und LehrerInnen ist der Stil von Schulen, an denen das Fördern und nicht das Auslesen im Vordergrund steht. Sie wollen auch nach dem Examen dort bleiben. Ein kurzer Besuch beim überbelegten Workshop von Norm Green über kooperatives Lernen, der Ansturm bei Verlagen, die differenzierte und phantasievolle Arbeitsmaterialien und nicht Hochglanzpapiere anbieten, zeigen, dass die neue LehrerInnengeneration bereit ist für einen neuen Unterricht, der alle Kinde einbezieht. Hier wird Wärme und Menschlichkeit gesucht, wie sie die Schulen brauchen.

Selbst die UN –Experten sind über das selektierende deutsche Schulsystem befremdet. Politiker aller Bundesländer einigt Euch! Wann seid Ihr endlich in der Lage Euren ideologischen Ballast abzulegen und das zu tun was richtig ist? ♦



Jürgen Theis im Gespräch mit jungen Besuchern



Fritz Schmid, Christoph Edelhoff und Otfried Börner im Beratungsgespräch



Werner Kerski und Wolfgang Vogel werben mit dem Traxler-Poster

Aus Den Ländern

Berlin

Das Projekt der von der rot-roten Koalition beschlossenen Pilotphase Gemeinschaftsschule geht voran, ebenso die Diskussion um dieses Projekt. Die Projektgruppe, die aus Schulleitern, Bildungsstadträten, Mitarbeitern der Schulverwaltung und Schulaufsicht besteht, hat ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist die inhaltliche Vorbereitung und die operative Umsetzung. Ein erstes Positionspapier für das Projekt steht kurz vor der Veröffentlichung. Ein Beirat ist berufen und hat bereits getagt. Ihm gehören an der Staatssekretär Eckart R. Schlemm, Rita Süßmuth, Enja Riegel, Rainer Domisch, Ulf Preuß-Lausitz, Manfred Prenzel, Marliese Seiler-Beck für die GEW, Peter Heyer für den Grundschulverband, außerdem Vertreter der Abgeordnetenhausparteien, des Philologenverbandes, des VBE, der evangelischen Schulen und von Wirtschaftsorganisationen. Ernst Rösner ist Vorsitzender des Beirats. In einer Interessenbekundungsphase können sich Schulen und Schulverbände noch vor den großen Ferien zunächst unverbindlich melden und in eine Beratungsphase eintreten. Die eigentliche und dann verbindliche Bewerbung findet auf der Grundlage von schulischen Gremienbeschlüssen im neuen Schuljahr statt, das auch der weiteren Vorbereitung dient. Die Arbeit an den Schulen wird zum Schuljahr 2008/09 aufgenommen.

Senator E. Jürgen Zöllner hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten zu dem Projekt öffentlich geäußert und dabei mit adressatengerechter unterschiedlicher Betonung etwa folgende Position vertreten: Es kommt in erster Linie auf die individuelle Förderung jedes Schülers an. An diesem Ziel hat sich auch die Schulstruktur zu orientieren. Dabei hat er große Präferenzen für eine Schule für alle (s. Bericht der Berliner Zeitung „Zöllner für Einheitsschule – Eine ‚große Cance‘“ vom 26.4.2007 über eine Berliner SPD-Programm-Tagung am 24.4.). „Die Einheitsschule ist mir unheimlich wichtig, aber ich würde kein System umsetzen, wenn ich riskiere, dass es bei den

nächsten Wahlen wieder gekippt wird.“ so wird Senator Zöllner zitiert.

Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin begleitet das Projekt kritisch wohlwollend. Er wird am 15. Juni in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Fachtagung durchführen, die sich an die interessierte Öffentlichkeit wendet.

Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben zu dem Thema Schulqualität und Schulstruktur öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, bei denen jeweils auch Senator Zöllner mitdiskutiert hat. Besonders interessant war hier die Veranstaltung der Grünen am 17. April: Dort wurde das Ergebnis der Hamburger Enquete-Kommission geradezu als Richtung weisend für ein „Zweiwege-Modell“ gepriesen. Dieter Wunder stellte das Ergebnis dar und Elmar Tenorth fand beifällige Worte, Özcan Mutlu und Hans-Jürgen Kuhn fanden das Enquete-Kommissionspapier offensichtlich auch ganz toll und Senator E. Jürgen Zöllner wollte die Diskussion für den richtigen Weg in der Bildungspolitik doch noch offen halten. Sinngemäß und ein bisschen verklausuliert: „Vielleicht eröffnet die nun laufende Diskussion Möglichkeiten für eine Bildungspolitik, die nicht ein ein als vorläufig erkanntes Modell auf lange Zeit installiert, sondern gleich ‚was Vernünftiges.“ Etwas befremdlich war, dass kein Mitglied der Hamburger GAL anwesend war. Die von der Mehrheitsmeinung der Enquete-Kommission abweichenden Voten von SPD und GAL blieben unerwähnt. So erlebten wir die paradoxe Situation, dass die Berliner Grünen Hamburger CDU-Positionen feierten. Oder sind das die Vorboten jamaikanischer Verhältnisse?

Lothar Sack

Bremen

Anmeldezahlen für den neuen 5. Jahrgang

Die Entwicklung der Erstanwahlen für die Gesamtschulen in Bremen verläuft re-

lativ konstant. Die Anmeldungen liegen um 30 % des 5. Jahrgangs, in absoluten Zahlen ausgedrückt: 1300, was eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Gesamtschule West hat dabei einen neuen Rekord aufgestellt, denn die Anmeldezahlen (191) waren mehr als doppelt so hoch wie Plätze (88) vorhanden sind. Den 1300 Erstanwahlen standen wieder einmal nicht genügend Plätze gegenüber, nämlich nur 1197, gesamtbremsisch gesehen. Das bedeutet für einige Stadtteile hohe Ablehnungsquoten, bei der GSW über 100 (s.o.) und z.B. bei der Schule am Leibnizplatz über 50. Die Anmeldezahlen für die Gymnasien haben sich weiter erhöht, sie liegen jetzt bei fast 52 %, der Rest verteilt sich auf die 6 jährige Grundschule und auf die Sekundarschule (=Integrierte Haupt- und Realschule).

Veranstaltung der GGG und GEW zur Lage der Gesamtschulen in Bremen

Im Rahmen der Kampagne ‚Für eine sozial gerechte Bildungspolitik‘ im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. Mai 2007 haben die Landesverbände der GGG und der GEW eine gemeinsame Veranstaltung „Gesamtschulen stärken“ am 24. April 2007 durchgeführt, in der die Parteienvertreter zu Sachverhalten an den Gesamtschulen befragt wurden.

Konkrete Forderungen waren bzw. sind u.a. :

- Eigene Schulaufsicht für Gesamtschulen.
- Beratung, Fortbildung und weitere Anreize für Schulen, die sich integrativ weiterentwickeln wollen.
- Gesamtschulen werden in Ganztagsform umgestaltet bzw. entwickelt.
- Zusätzliche Lehrerstundenzuweisung für die Arbeit in heterogenen Gruppen, 22 Schülerinnen und Schüler als Klassenhöchstfrequenz für alle Bremer Gesamtschulen.
- Alle Schulen – auch die Gymnasien – sind verpflichtet, die SchülerInnen, die sie aufgenommen haben, zu behalten und zu fördern.
- Abschaffen des Sitzenbleibens.

Bevor die Vertreter der SPD, CDU, der Grünen, der FDP und der LINKEN sich zu diesen Forderungen äußerten, wurde ihre Meinung zu ‚Einer Schule für alle‘ eingeholt. Die Vertreterin der SPD erklärt, dass das Ziel eine gemeinsame Schule für alle bis Klasse 10 sei, an der sie festhalten wolle. Der Zeitplan für die Umsetzung dieses Ziels sei aber nicht genau zu bestimmen. Die Grünen setzen sich seit langem für diese Forderung ein und möchten sie auch möglichst schnell realisieren, wie ihre Vertreterin bekräftigte. Auch die Partei der LINKEN unterstützt das integrative Konzept und lehnt ebenfalls selektive Mechanismen ab. Die FDP möchte im Grunde keine Debatte über die Schulstruktur, sondern spricht sich für ein Nebeneinander verschiedener Schultypen aus. Eine immer noch penetrant ablehnende Haltung hat die CDU gegenüber der Gesamtschule, der ‚Einheitsschule‘. Eine ‚Einheitsschule‘ setze voraus, dass die Menschen gleich seien, sie aber das nun mal nicht sind, so der CDU-Vertreter. Auch in den anderen Fragen bezog er die Position, dass die Gesamtschulen nicht besser gestellt werden dürften als die Gymnasien, z. B. in der Stundenausstattung. Die Grünen-Vertreterin widersprach ihm, in dem sie u. a. die besondere Aufgabe der Binnendifferenzierung bei der Heterogenität der Schülerschaft herausstellte. Auch der Vertreter der LINKEN wandte sich gegen die Auffassung der CDU. Er bezog in weiteren Fragen die Haltung, die Gesamtschulen nachdrücklich zu unterstützen. Die SPD setzte sich ebenfalls für eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der Gesamtschulen ein, lässt sich aber nicht auf konkrete Festlegungen /Zusagen- z. B. in der Frage der Klassenfrequenzen- ein. Falls es zu einer rot-grünen Koalition am 13. Mai 2007 in Bremen kommt, die große Koalition SPD/CDU abgelöst wird, so der Eindruck der Teilnehmer der Veranstaltung, könnte die Entwicklung in Richtung quantitative und qualitative Ausstattung der Gesamtschulen im Lande Bremen eine größere Dynamik entfalten.

Karl-Heinz Koke

Hamburg

Die Anmelderunde für das Schuljahr 2007 / 2008 ist in Hamburg abgeschlossen. Die Diskussionen darüber, ob zum 01.08.2009 die Gesamtschulen zusammen mit den Haupt- und Realschulen zu Stadtteilschulen umgewandelt haben werden sollen, hat die Eltern bei ihrem Anmeldeverhalten für die Gesamtschulen offensichtlich nicht beeinflusst. Wie im Vorjahr wurden 34,7 % der Viertklässler für die Gesamtschulen angemeldet. Die Haupt- und Realschulen fielen auf 14,7 % zurück und die Gymnasien übersprangen erstmals die 50%-Grenze (50,6 %). Viele Haupt- und Realschulen erreichten auch in diesem Jahr wieder nicht die im Schulgesetz vorgesehene Mindestzügigkeit von zwei Klassen; das gilt auch für vier Gymnasien, die die Mindestzügigkeit von drei Klassen verfehlten. Die Gesamtschulen erreichten alle die für sie vorgesehene Mindestzügigkeit von drei Klassen. Trotzdem werden in diesem Jahr weder Haupt- und Realschulen noch Gymnasien geschlossen – mit Rücksicht auf die kommende „große Schulreform“, wie die CDU anführt. Am 24.02.2008 wird in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt. Im Hinblick auf die Schulstrukturreform sind in der Zwischenzeit zwei wichtige Entscheidungen gefallen. Die Enquete-Kommission hat ihre Arbeit abgeschlossen und im März 2007 ihre Empfehlungen der Bürgerschaft vorgelegt. Gegen das vorgeschlagene Zwei-Säulen-Modell stimmten nur die beiden Vertreter der GAL. Am 19.04.2007 wurden die Empfehlungen in der Bürgerschaft diskutiert und mit den Stimmen der CDU-Mehrheit dem Senat mit der Maßgabe zugeleitet, ein Konzept für die Umsetzung zu erarbeiten. In dieser Bürgerschaftssitzung stimmte die SPD mit der GAL gegen den Antrag der CDU. Man darf gespannt sein, wie die SPD zu dieser Frage im Wahlkampf auftritt. Eine etwas unglückliche Rolle spielt in der Schulstrukturdebatte der neue Spitzenkandidat der SPD, Michael Naumann. In einem der ersten Interviews nach seiner Nominierung hat er seine Sympathie für das schwedische Schulmodell bekundet. In einem größeren Interview zu Ostern

im Hamburger Abendblatt aber hat er das „Nebeneinander von Stadtteilschule und Gymnasium für einen großen Fortschritt“ erklärt und hinzugefügt: „Ich will keine Einheitsschule“. Hier hat die GGG noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Darum bemühen wir uns auch durch den Besuch bildungspolitischer Veranstaltungen der Parteien und die Teilnahme an Podiumsdiskussionen.

Jürgen Rieckmann

Mecklenburg-Vorpommern

Während des Gesamtschultages an der IGS „Bertolt Brecht“ in Schwerin wurde ein neuer Landesvorstand der Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen mit Petra Scharff als Vorsitzender gewählt. In der nächsten Legislaturperiode wird die GGG weiterhin unterstützend bei der Ausgestaltung der Gesamtschulen mitwirken. Gerade auch die zahlreichen neu gegründeten Gesamtschulen in freier und öffentlicher Trägerschaft sollen von den guten Erfahrungen der bestehenden Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen in ihrer organisatorischen und inhaltlichen Arbeit profitieren. Wir werden den Gesamtschulen von Mecklenburg-Vorpommern weiterhin eine Plattform des Austausches und der Zusammenarbeit auf der Ebene von Schulleitungen, in der Fachschaftsarbeit und bei den Schülerwettbewerben bieten. Gerade der Erfahrungsaustausch unter den Gesamtschulen hat diese in ihrer Arbeit vorangebracht und zu Vorreitern in vielen Bereichen der Schulentwicklung gemacht, wie zum Beispiel in der Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung, bei der Arbeit als Ganztagschule, in der Teamarbeit und bei der Lehrerkoope-ration. Die Gesamtschulen in unserem Land sind kein Auslaufmodell, dies zeigen auch die zunehmenden Schülerzahlen. Wir wünschen unseren Gesamtschulen weiterhin gute Ideen und viel Kraft und Ausdauer diese auch umzusetzen.

Petra Scharff

(wovo) Aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird uns

mitgeteilt, dass zum neuen Schuljahr 2007/2008 zwei Schulen aus M-V zur Binnendifferenzierung übergehen und die Verkürzung aufgeben. Es handelt sich um die Baltic-Schule - Integrierte Gesamtschule - in Rostock und die Integrierte Gesamtschule „W. Karbe“ in Neustrelitz.

Niedersachsen

Zur Überraschung aller Gesamtschulfreunde in Niedersachsen hat der Kultusminister kurz nach den Osterferien eine erstaunliche Entscheidung getroffen: Der Integrierten Gesamtschule in Peine wurde die gymnasiale Oberstufe genehmigt. Vorausgegangen war eine jahrelange Auseinandersetzung um deren Einrichtung. Kultusministerium und Landesschulbehörde hatten mit einer Hinhaltenaktik versucht, die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe zu verhindern. Obwohl die IGS Peine eine in der Sekundarstufe I sechszügige Schule ist, wurde immer wieder bezweifelt, ob genügend Schülerinnen und Schüler für den Besuch dieser Oberstufe zur Verfügung stehen. GGG und GEW hatten sich in vielen Gesprächen für die IGS Peine engagiert. In Niedersachsen war die IGS Peine die einzige sechszügige IGS ohne Oberstufe. Letztendlich waren die Hartnäckigkeit des Schulträgers und die gute und konsequente pädagogische Arbeit der IGS Peine wohl ausschlaggebend für die positive Entscheidung des Kultusministers. Jetzt muss die IGS Peine in sehr kurzer Zeit ihre Oberstufe konzeptionell planen. Sie kann sich dabei der breiten Unterstützung der niedersächsischen Gesamtschulen sicher sein. Auch die Schülerströme, die im Februar schon auf die bestehenden Oberstufen kanalisiert waren, können sich neu sortieren. Für die Anmeldeperiode 2007 steigt damit die Attraktivität der IGS Peine weiter. GGG-intern hat der Landesverband Niedersachsen sein Jahresheft „Das Blaue Heft 2007“ veröffentlicht. Es beinhaltet Grundsatzartikel zur pädagogischen Arbeit der Gesamtschulen in Niedersachsen und soll vor allem für den bevorstehenden Landtagswahlkampf wichtige Argumentationshilfen bieten im Kampf für die Durchsetzung der Gemeinsamen Schule

für alle Kinder. Viele aus der erfolgreichen Praxis gewonnene Erfahrungen sind in den Artikeln verständlich aufgearbeitet. Von der gemeinsamen Schulzeit, der Überwindung der Dreigliedrigkeit, der 13jährigen Schulzeit bis zu den Themen Individualisierung und Differenzierung, Leistungsmessung, Profilbildung und Ganztagsgestaltung enthält das Heft alle aktuellen Basics der Gesamtschulentwicklung. Da die von der CDU formulierte Bildungspolitik fundamentalistisch auf der Dreigliedrigkeit basiert und jede Kritik daran ausgehend von der Krise der Hauptschule systematisch negiert, ist das Heft ein wichtiger Beitrag um das verbreitete Unbehagen am dreigliedrigen Schulsystem mit einer inhaltlich-konzeptionellen Alternative zu fundieren.

Gerd Hildebrandt

Nordrhein-Westfalen

„Modern ist eine Schule, die alle integriert“

Boomende Anmeldezahlen an den Gesamtschulen in NRW

Da hatte sich NRW-Ministerpräsident Rüttgers ein anderes Anmeldeergebnis erhofft. Aber auch die schwarz-gelbe Landesregierung muss zur Kenntnis nehmen: Die Gesamtschule boomt – Die Eltern stimmen mit den Füßen ab. Die restaurative Schulpolitik der Landesregierung findet bei den Eltern keine Mehrheit.

Angetreten ist die Landesregierung mit folgenden Eckpunkten:

- Stärkung des gegliederten Schulsystems und hier besonders der Hauptschule
- Abschaffen der „Privilegien“ der Gesamtschule

Was allen mit Ausnahme der Landesregierung klar ist: Es gibt kein Konzept, das die Hauptschule dauerhaft stärken kann. Die meisten Eltern wünschen nicht, dass ihr Kind die Hauptschule besucht. Da nützt es auch nichts, wenn man die Hauptschulen personell besonders gut ausstattet und zu Ganztagschulen macht. Warum sollen die Eltern ihr Kind auf eine Ganztags Hauptschule schicken, wenn sie es schon halbtags nicht tun? Auch die alte

CDU-These: Die Attraktivität der Gesamtschulen erklärt sich daraus, dass sie Ganztagschulen sind, wurde eindrucksvoll widerlegt.

Folgendes will die Landesregierung nicht wahr haben: Die gesellschaftliche Mehrheit für ein ständisches, dreigliedriges Schulsystem bröckelt. Viele Eltern wünschen sich eine Schule, in der ihr Kind länger gemeinsam mit den anderen Kindern lernen kann. Die Eltern wählen die Gesamtschulen, weil sie sich wünschen, dass die Schullaufbahn ihres Kindes offen bleibt. Sie wählen die Gesamtschulen auch, weil die Gesamtschulen in den Kommunen verankert sind, ein attraktives pädagogisches Profil erarbeitet haben, die Zusammenarbeit mit den Eltern suchen, weil sie gute Arbeit leisten. Es lässt sich an vielen Standorten nachweisen: Wenn in einer Kommune eine Gesamtschule gegründet wird, entsteht ein zusätzlicher Bedarf, der häufig die Diskussion um weitere Gesamtschulgründungen zur Folge hat. Zur Entwicklung des Anmeldeverhaltens der Eltern nur einige Zahlen aus dem Jahr 2007:

- Der Anteil der Kinder, die an Gesamtschulen angemeldet wurden, ist in der Zeit von 2000 bis 2007 von 19,8% auf 24,4% gestiegen, und das ohne Neugründungen.
- In Solingen wurden rund 60% aller Kinder an den Gesamtschulen angemeldet. In vielen Kommunen beträgt diese Quote 40%. Jede Partei wäre froh, wenn sie bei einer Wahl einen solchen Prozentsatz erreichen würde.

Es gibt eine Reihe Standorte, an denen sich die Frage von Neugründungen stellt:

- Im Kreis Kleve kann nur jedes dritte angemeldete Kind an der Gesamtschule aufgenommen werden. Ähnlich sieht es im Rhein-Sieg-Kreis aus.
- In insgesamt 11 Kreisen werden mehr Kinder abgelehnt als aufgenommen.

Die Zahlen belegen: Die Eltern folgen nicht der Ideologie der Landesregierung, Gesamtschulen erweisen sich als attraktiv. Dies griff die Presse in einer Deutlichkeit auf, wie wir es bisher nicht erlebt hatten. Die GGG-NRW war mit ihren Anmeldezahlen ein interessanter Informant und Gesprächspartner. Dokumentiert sind die

Zahlen und die Reaktion der Presse auf unserer Homepage (www.ggg-nrw.de).

Werner Kerski

Rheinland-Pfalz

Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz oder: wie wichtig ist das Elternrecht

Anfang Februar 2007 in Rheinland-Pfalz: Ende Januar gab es in den Schulen Zeugnisse. Die Eltern der Viertklässler stehen mit ihren Kindern vor der Entscheidung, an welche weiterführende Schule sie sich anmelden sollen.

Rund 4.100 Jungen und Mädchen entscheiden sich für eine Integrierte Gesamtschule. Doch leider stehen landesweit nur 2.367 Plätze zur Verfügung. In mehr als 1.700 Fällen können die Betroffenen ihr Recht auf freie Schulwahl nicht realisieren. Landesweit werden zwei von fünf Anmeldungen abgewiesen. Besonders betroffen sind Familien aus der Region Ludwigshafen und aus dem Großraum Mainz: in und um die Landeshauptstadt muss die Hälfte der angemeldeten Schülerinnen und Schüler sich an einer anderen Schule anmelden, in der Region Ludwigshafen sogar zwei von drei junge Menschen.

Nach unseren Erhebungen und Berechnungen fehlen an den 19 vorhandenen Gesamtschulstandorten in Rheinland-Pfalz mindestens 62 Klassen, um alle Anmeldungen berücksichtigen zu können. Der seit vielen Jahren bestehende Anmelde- und Platzdruck hat sich in diesem Jahr weiter erhöht. Landesweit gab es rund 5% mehr Aufnahmeanträge als im Jahr zuvor. Erschwerend kommt hinzu, dass in vielen Städten und Regionen überhaupt kein Gesamtschulangebot zur Verfügung steht, so z.B. in der Region Trier. Aus Sicht der GGG sind hier sowohl die Schulträger als auch die Landesregierung gefordert. Als Hindernis bei der Einrichtung neuer Gesamtschulen hat sich in der Vergangenheit mehrfach die Frage der Schulträgerschaft – nur kreisfreie Städte oder Landkreise können in Rheinland-Pfalz Gesamtschulen einrichten – sowie die Bestandsgaran-

tie für das gegliederte Schulwesen erwiesen. Hier sehen wir Veränderungsbedarf: Verbandsgemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, Schulträger von Gesamtschulen zu werden. Wenn der Bedarf für eine IGS besteht, muss auch die Möglichkeit bestehen, eine Schule des gegliederten Systems zu schließen und Interessenten für diese Schule an eine andere Schule zu verweisen.

Erweiterungen im Gesamtschulangebot sind für das Schuljahr 2008/2009 zu erwarten: der Landkreis Mainz-Bingen hat beantragt, 2008 die Regionalen Schulen in Sprendlingen und Nieder-Olm in Gesamtschulen umzuwandeln. Auch aus der Stadt Worms liegt ein entsprechender Antrag für die Kerschensteiner-Schule vor. Für diese Standorte sind zwischenzeitlich die Planungsgruppen eingerichtet.

Diskussionen über mögliche Gesamtschulgründungen gibt es weiterhin im Kreis Bad Dürkheim mit den Standorten Deidesheim und Wachenheim sowie in Zell (Mosel). In Zell kommt die neuerliche Initiative aus den dortigen Haupt- und Realschulen. Die Diskussion wird sehr konstruktiv geführt und Bildungsministerin Doris Ahnen hat Anfang März in einer öffentlichen Veranstaltung ihre Unterstützung zugesagt. Dies wäre dann die erste Gesamtschule im ehemaligen Regierungsbezirk Trier. Sowohl für den Landkreis Bad Dürkheim wie für die Stadt Zell sind zwischenzeitlich die Anträge gestellt. Sie sind fristgerecht eingegangen, um ebenfalls im Jahr 2008 mit den Gesamtschulen an diesen Standorten beginnen zu können. Augenblicklich wird bei der ADD geprüft, ob alle notwendigen Voraussetzungen gegeben sind und auch hier Planungsgruppen eingerichtet werden können.

Weitere Initiativen zu Gesamtschulgründungen gibt es z.Zt. in Kirchberg/Hunsrück und im Kreis Germersheim. Hier möchten vier Verbandsgemeinden ihr Schulangebot durch IGSen aufwerten.

Erfreuliches gibt es von den Standorten Thaleschweiler-Fröschen und Ludwigshafen-

Gartenstadt zu berichten: nach langwierigen und teilweise schwierigen Diskussionen werden an diesen Standorten eigene Oberstufen eingerichtet. Schwierig ist die Situation noch in Koblenz: die städtischen Gremien konnten sich bisher noch nicht mehrheitlich für eine eigene Oberstufe an der Pollenfeldschule entscheiden. Dabei gibt es vielfältige Vorschläge aus der Schule und eine Oberstufe würde das pädagogische Konzept dieser Schule sinnvoll ergänzen. Hier wäre eine Entschlossenheit wie im Landkreis Südwestpfalz wünschenswert: Der Kreistag hat einstimmig – also auch mit den Stimmen von Gesamtschulkritikern – für die Oberstufe und damit im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler gestimmt.

Franz-Josef Bronder

Saarland

Auch in diesem Jahr wieder wurden die Gesamtschulen im Saarland stark nachgefragt, die neue Schule in Saarbrücken startet voll ausgelastet.

Der Schülerrückgang geht eindeutig und ausschließlich zu Lasten der nicht integrierten arbeitenden anderen Pflichtschule, der ERS.

Der Elternwille bleibt – neben vielen anderen – ein wichtiges Argument in der Diskussion um die eine Schule für alle Kinder.

Von Seiten des Ministeriums werden wir mit den Themen konfrontiert, die bundesweit zur Zeit in der Diskussion sind: Selbständige Schule, Qualitätsentwicklung, Bildungsstandards und Kernlehrpläne, Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe ...

Sehr viel auf einmal, häufig wenig durchgeplant und durchdacht, nicht wirklich mit den Betroffenen diskutiert, überhastet umgesetzt.

Das Übliche.

Ansonsten bereiten sich die saarländischen Gesamtschulen darauf vor, Gastgeber des Kongresses zu sein. Wir freuen uns darauf.

Ursula Gressung-Schlobach

Prof. Dr. Anne Ratzki wird 70!

Die GGG gratuliert ihrer früheren Bundesvorsitzenden (1988 – 1993), Prof. Dr. Anne Ratzki, sehr herzlich zum 70. Geburtstag am 23. Juni 2007 und wünscht ihr noch viele Jahre so unverminderter Vitalität und Aktivität wie heute. Annes politisches und pädagogisches Engagement für die eine Schule für alle Kinder kann am besten charakterisiert werden als das einer Pionierin. Jedoch hat sie nicht nur Anstöße gegeben und neue Wege erkämpft – keine "Mühe der Ebene" ist ihr in ihrer nicht nachlassenden Energie für die Umsetzung ihrer Ziele und Konzepte zuviel, innerhalb der GGG und darüber hinaus.

Anne hat einen interessanten Werdegang hinter sich. Sie war Schulleiterin des Gymnasiums Köln-Holweide, das sie 1975 als Gründungsschulleiterin in eine Gesamtschule umwandelte. Die Gesamtschule Köln-Holweide erwarb sich bundesweite Anerkennung als eine Gesamtschule, die konsequent das Team-Kleingruppen-Modell entwickelte und mit großem Erfolg umsetzte. Wie meist, haben es Propheten im eigenen Land schwer, während die Bedeutung dieses pädagogischen Konzeptes in fernerer Regionen anerkannt und rezipiert wurde. Insbesondere das Saarland, die Lehrgewerkschaften in den USA und

in Australien interessierten sich für ihre Praxis, luden sie ein, machten ihrerseits Bildungsreisen nach Köln, übernahmen wesentliche Prinzipien der dortigen Arbeit. Kooperatives Lernen und Arbeiten im Team, das waren von Anfang an die Grundgedanken des Team-Kleingruppen-Modells!

Pionierarbeit war auch erforderlich, als die Gesamtschule Köln-Holweide als eine der ersten die Integration (auch geistig) behinderter Kinder realisierte; als sie die Möglichkeit durchsetzte, als Schulleiterin Teilzeitarbeit zu leisten, damit sie sowohl den Aufgaben der Schulleiterin als auch der GGG-Bundesvorsitzenden gerecht werden konnte; als 1989 die Mauer fiel und die GGG im Bereich der ehemaligen DDR aktiv wurde. Das Engagement der GGG, insbesondere auch ihr persönliches, in der Übergangsphase, die in ihre Amtszeit fiel, war gigantisch, um das einheitliche Schulsystem als Struktur zu erhalten. Das politische Interesse an der Zerschlagung der einheitlichen Schulstruktur war jedoch stärker, das Ziel konnte leider nicht erreicht werden.

Anne gründete 1996 das Teaminstitut, das seitdem erfolgreich Fortbildungsarbeit in Schulen leistet. Aktuell ist sie Honorarpro-



fessorin an der Universität Paderborn, wo sie LehrerstudentInnen Prinzipien der Pädagogik der Vielfalt vermittelt. Sie arbeitete an dem internationalen Forschungsprojekt *eu-mail* in Trägerschaft der GGG NRW mit (www.ggg-nrw.de) und ist eine gefragte Rednerin und Fortbildnerin zum Thema Heterogenität und individuelles Lernen. Sie publiziert in vielen Organen zu Fragen der Schul- und Bildungsreform und weist dabei unermüdlich auf die Gefahren der Zweigliedrigkeit hin.

Liebe Anne, wir verbinden unsere herzlichen Glückwünsche zum runden Geburtstag mit der Hoffnung, in dir noch lange die überzeugende und nimmermüde Mitstreiterin zu haben, als die wir dich kennen und sehr schätzen. ♦

Ingrid Wenzler

Besuchen Sie uns
auch im Internet!



www.gesamtschulverband.de



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

H 2395 · Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · „Entgelt bezahlt“
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Gesamtschulverband
Postfach 13 07 · 26583 Aurich

Kommentare



Das „Zwei-Säulen-Modell“ – ein Irrweg

von Herbert Kastner

Ein selektives Schulsystem kann den gesellschaftlichen Anforderungen an die Bildungspolitik nicht mehr gerecht werden. Eine Änderung des dreigliedrigen Schulsystems, die die Selektion nicht aufhebt, wäre daher ein Schritt in die falsche Richtung. Überlegungen, die Hauptschule durch Zusammenführung mit der Realschule zu retten, zeigen die Niederlage des dreigliedrigen Schulsystems, sind aber rückwärts gewandt und führen nicht in ein zukunftsweisendes Schulsystem.

Solange es eine Schulform gibt, die „bessere“ Bildungschancen verspricht, wird die Kopplung von Lernerfolg und sozialer Herkunft bestehen bleiben. Entscheidend für eine neue Schule ist, dass die Kinder nicht mehr sortiert werden und dass es unter den Schulformen keine Rangordnung gibt.

Eine Zusammenführung von Hauptschule und Realschule kann die Isolation, als „Hauptschüler“ zu gelten, zwar aufheben. Für die Schüler dieser neuen Schulform bleibt aber die Erkenntnis, dass sie weiter „da unten“ sind gegenüber denen „da oben“. Das dreigliedrige Schulsystem wird lediglich in ein „Zwei-Säulen-Modell“ umgetauscht.

Wenn das Gymnasium, das bei diesem Tausch nicht angetastet wird, weiterhin als der „Königsweg“ gilt und der selektive Zugang erhalten bleibt, kann man nicht von gleichwertigen oder nichthierarchischen Systemen sprechen. Wer Zweigleisigkeit will, will den statischen Begabungsbegriff nicht aufgeben, sondern glaubt auch weiter an eine „begabungsgerechte“ Schule. Die Ausrede, das „Zwei-Säulen-Modell“ sei eine Zwischen- oder Übergangslösung, verkennt die Beharrungstendenz solcher Maßnahmen. Aus „kleinen“ Reformen werden nur selten „große“ Reformen, wenn das Endziel nicht von Anfang an genannt und angestrebt wird.

Wer eine Schule will, die ohne soziale Auslese alle Schüler individuell und optimal fördern und jedem Schüler gerecht werden will, wird das dreigliedrige Schulsystem ablösen und eine „Schule für alle“ anstreben. Wer eine Schule für alle will, kann dem „Zwei-Säulen-Modell“ nicht zustimmen.

Die vergessenen Kinder

von Brigitte Schumann

Das Hamburger Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und Stadtteilschule findet viel Lob und Anerkennung, auch unter Experten. Sogar von einem historischen Kompromiss ist die Rede. Selbst unter engagierten Befürwortern der Schule für alle können sich einige mit dem „Zwischenschritt“ anfreunden.

Dies ist wohl nur möglich, weil die wirklich Leidtragenden, die dem historischen Kompromiss geopfert werden, einmal mehr vergessen werden und unsichtbar bleiben. Das sind alle Sonderschüler/innen¹, insbesondere diejenigen, die als sogenannte Lernbehinderte ausgesondert werden, während in anderen Ländern sie üblicherweise im Regelschulsystem lernen, weil es diese Klassifikation dort längst nicht mehr gibt.

Schon 1973 hatte der Deutsche Bildungsrat die Überwindung der „Selektions- und Isolationstendenz im Schulwesen“ durch eine Konzeption, die „die Gemeinsamkeit im Lehren und Lernen für Behinderte und Nichtbehinderte“ herstellen sollte, gefordert. Die Integration der Behinderten und sozial Benachteiligten in die Gesamtschule wurde jedoch im Gesamtschulversuch auch von den Reformkräften bildungspolitisch und pädagogisch nicht entschieden genug verfolgt, da es zunächst um den Anspruch ging, das dreigliedrige System zu ersetzen, und später um die Herstellung und den Erhalt eines gleichwertigen Status gegenüber dem Gymnasium. Diesen Zielen wurden die Interessen der sozial benachteiligten Schülerschaft untergeordnet.

Dass diese Kinder weiterhin unsichtbar bleiben, ist deshalb so unsäglich und darf auch von der Gesamtschulseite keineswegs akzeptiert werden, weil sie besonders benachteiligt sind und durch den „Förderort“ der Sonderschule noch nachhaltiger beschädigt werden als die Hauptschüler/innen, deretwegen man den Kompromiss mancherorts für akzeptabel und richtig hält.

Die Zuweisung des Sonderschulstatus bedeutet für die Betroffenen eine Verletzung ihres Menschenrechts auf Bildung und auf Würde. Die am 13.12. 2006 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Convention on the Rights of Persons with Disabilities macht unmissverständlich deutlich, dass wir eine nichtaussondernde allgemeine Schule für alle brauchen, die jedes Kind in seiner Unterschiedlichkeit wertschätzt und unter Einbeziehung der sonderpädagogischen Förderung individuell fördert.

¹ Mit dem Festhalten an der alten Begrifflichkeit „Sonderschule“ wird deutlich gemacht, dass die Umbenennung in „Förderschule“ die gesellschaftliche Realität für die Betroffenen nicht verbessert hat.